

# **Bildung und Integration**

## **Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Köln**

**Diskussionsbeitrag der Kölner Gewerkschaften für die Stadt Köln**



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Köln**



**Deutscher Gewerkschaftsbund  
Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg**

## Zusammenfassung

Bildung hat in der öffentlichen Diskussion einen hohen Stellenwert. Stichworte wie „Wissensgesellschaft“ und „lebensbegleitendes Lernen“ gehören zum Standardvokabular einer jeden Bildungsdiskussion. Doch: Wie sieht es mit der Bildung und dem Bildungssystem aus? In internationalen Vergleichen schneiden Schüler/innen aus Deutschland schlecht ab. Das Bildungssystem benachteiligt sozial Schwache und Migranten/innen. Die Politik hat nach dem PISA-Schock erste Veränderungen auf den Weg gebracht. Doch das System ist schwerfällig. Es gibt keine Kenntnisprobleme sondern Umsetzungsprobleme.

Die Stadt Köln ist als Schul- und Bildungsträger – und mit Blick auf die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Stadt – gefordert, alle Handlungsräume zu nutzen, um die Bildungsaneignung und den Bildungsstand aller hier lebenden Menschen positiv zu fördern. Kommunale Bildungspolitik muss sich dabei besonders auf den zunehmenden Anteil von Migrantenkindern und – jugendlichen und auf die veränderten Familienstrukturen und Lebensbedingungen einstellen. Hierzu zählen:

- Erstellung eines regelmäßigen Bildungsberichts, der das Kölner Bildungssystem quantitativ und qualitativ beschreibt und Optimierungsempfehlungen gibt und dabei besonders die Aspekte Migration und Gleichstellung berücksichtigt.
- Ausbau von Familienzentren: Als Modell kann das „Kalker Netzwerk für Familien“ dienen. Der Rat der Stadt bildet dazu einen Unterausschuss nach dem Muster des Unterausschusses „Ganztagsbetreuung“, der die bedarfsgerechte Entwicklung von Familienzentren koordiniert, begleitet und vorantreibt und Qualitätsstandards entwickelt.
- Ausweitung des Modells „Selbstständige Schule“ auf möglichst alle Schulen, da sich hierdurch für die Stadt als Schulträger erweiterte Einflussmöglichkeiten ergeben.
- Aufbau eines „Regionalen Bildungsbüros“, um kommunale Bildungsstandards zu definieren, ihre Umsetzung an den einzelnen Schulen zu begleiten und ihre Wirkung zu überprüfen. Daneben sollte das Bildungsbüro dazu dienen, die verschiedenen Übergänge im Bildungssystem zu koordinieren.
- Entwicklung eines gesellschaftlich akzeptierten Integrationskonzeptes, das dem wachsenden Anteil von Migranten/innen in Köln Rechnung trägt.

## Vorbemerkungen

Bildung hat in der öffentlichen Diskussion einen hohen Stellenwert. Stichworte wie „Wissensgesellschaft“ und „lebensbegleitendes Lernen“ gehören zum Standardvokabular einer jeden Bildungsdiskussion. Oft wird Bildung dabei auch „als Rohstoff“ oder „als Standortvorteil“ beschrieben, so dass neben der individuellen Bedeutung des Bildungsbegriffes auch dessen gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung herausgestellt wird.

Doch: Wie sieht es mit der Bildung und dem Bildungssystem aus?

In internationalen Vergleichen schneiden Schüler/innen aus Deutschland schlecht ab. Das Bildungssystem benachteiligt sozial Schwache und Migranten/innen<sup>1</sup>. Die Politik hat nach dem PISA-Schock erste Veränderungen auf den Weg gebracht. Doch das System ist schwerfällig, die Parteien sind sich nicht einig und die Lage angesichts leerer öffentlicher Kassen angespannt. An manchen Orten fehlt selbst für einfache Reparaturen das Geld. Hinzu kommt, dass die Verantwortung für das Bildungssystem auf Länder und Kommunen verteilt ist. Mit anderen Worten: Es gibt keine Kenntnisprobleme sondern Umsetzungsprobleme.

Und in Köln?

Der Anteil von jugendlichen Migranten/innen beträgt knapp 50 Prozent. Im Stadtteil Kalk liegt er sogar bei 64 Prozent. Köln ist eine der wenigen Städte in Deutschland, in der die Bevölkerung nicht schrumpft, sondern leicht ansteigt. Verantwortlich hierfür sind vor allem die höhere Geburtenrate und ein weiterer Zuzug von Migranten/innen, so dass ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung noch steigen wird. Dieser Trend ist mit Blick auf die demographische Entwicklung (Stichwort: Alterung der Gesellschaft) und den zu erwartenden Fachkräftemangel zu begrüßen. Er ist aber zweischneidig: Die Ergebnisse der PISA-Studien und die Statistiken der Stadt Köln belegen, dass junge Migranten/innen bisher nicht ausreichend in das deutsche Bildungssystem integriert sind. Sie besuchen weit überdurchschnittlich die Hauptschule und sind nur zu einem geringen Teil in den Gymnasien vertreten. Bei den Hauptschulabschlüssen erreichen sie wiederum nur unterdurchschnittlich den Hauptschulabschluss nach 10b beziehungsweise den Hauptschulabschluss mit Qualifikation. Diese formal schlechteren Schulabschlüsse führen dazu, dass ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt deutlich geringer sind als bei deutschen Jugendlichen. Jugendliche Migranten besuchen an den Berufskollegs weit überdurchschnittlich vollzeitschulische Bildungsgänge und so genannte „Warteschleifen“.

Bezogen auf die PISA-Ergebnisse und den Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz (2006) lassen sich diese Aussagen aber nicht nur für jugendliche Migranten treffen, sondern für Jugendliche aus bildungsfernen Familienhäusern insgesamt. Mit anderen Worten: Ganze Bevölkerungsgruppen sind von der Entwicklung zur Wissensgesellschaft ausgeschlossen. Das Postulat

---

<sup>1</sup> Zur sprachlichen Vereinfachung wird der Begriff „Migranten/innen“ synonym verwendet für alle Menschen, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland geboren sind, sowie für deren direkte Nachkommen, die im allgemeinen mit dem Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ umschrieben werden.

des lebensbegleitenden Lernens ist vor diesem Hintergrund eher ein frommer Wunsch. Die sozialen Folgen dieser Entwicklung lassen sich nur erahnen.

Die Stadt Köln ist als Schul- und Bildungsträger – und mit Blick auf die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Stadt – gefordert, alle Handlungsräume zu nutzen, um die Bildungsaneignung und den Bildungsstand aller hier lebenden Menschen positiv zu unterstützen und die skizzierte strukturelle Diskriminierung zu beseitigen. Kommunale Bildungspolitik muss sich dabei besonders auf den zunehmenden Anteil von Migrantenkindern und – jugendlichen und auf die veränderten Familienstrukturen und Lebensbedingungen einstellen.

Eine Voraussetzung ist die Entwicklung eines tragfähigen, allgemein anerkannten Integrationskonzeptes. Ansätze, wie in Stuttgart oder Remscheid, können dabei als Vorbild dienen.<sup>2</sup> Integration muss dabei als Querschnittsaufgabe im kommunalen Handeln verankert werden, um den immer größer werdenden Anteil von Migranten/innen nicht auszugrenzen. Daneben müssen bestehende Ansätze, wie die interkulturelle Stadtentwicklung, konsequent verfolgt werden.

Ein Schlüssel zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Partizipation ist und bleibt aber die Bildung.

### **Kommunale Bildungspolitik:**

Das Bildungssystem muss nach Ansicht der Kölner Gewerkschaften grundlegend reformiert werden. Gesellschaftliche Entwicklungen und die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen werden in dem derzeitigen Bildungssystem kaum berücksichtigt. Die Bundesländer haben – im Vergleich vor allem zu den skandinavischen Ländern – eine grundsätzliche Neuausrichtung des Bildungssystems versäumt.

Schon lange mahnt die GEW als Bildungsgewerkschaft eine umfassende Reform des Bildungswesens an und hat hierzu umfangreiche Konzepte erarbeitet. Als Stichworte sind zu nennen:

- Einführung einer gebührenfreien vorschulischen Bildung
- längeres gemeinsames Lernen
- eine Schule für alle
- mehr Ganztagsangebote gebührenfrei und in gebundener Form
- mehr Selbstständigkeit für die einzelnen Schulen
- einen stärkeren individuellen Förderansatz
- Aufwertung der Mehrsprachigkeit und systematische Nutzung des Potentials
- organisatorische und strukturelle Neuausrichtung des Bildungswesens

Da die Bildungspolitik in Verantwortung der einzelnen Bundesländer liegt, sind die kommunalen Handlungsmöglichkeiten für einen grundlegenden Umbau des Bildungssystems begrenzt. Die Stadt Köln kann aber als Schul- und

---

<sup>2</sup> Vgl. beispielsweise: Stabsabteilung für Integrationspolitik der Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.): Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart, August 2004

Bildungsträger die vorhandenen Handlungsräume konsequent nutzen. Sie kann zusätzlich das kommunale Bildungssystem überall dort unterstützen, wo die Landespolitik keine ausreichenden Konzepte und Ressourcen zur Verfügung stellt.

Der kommunale Ansatz einer Sozialraumorientierung wird von den Kölner Gewerkschaften unterstützt – er muss aber noch genauer definiert werden. Die Kooperationsvereinbarung von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen aus 2006 beschreibt den richtigen Weg: die Einbeziehung von Schule in ein Sozialraumkonzept, die Einführung einer kommunalen Bildungsplanung, den Ansatz einer individualisierten Förderung, den Ausbau des Angebotes an Ganztagschulen, die Beibehaltung der Schuleinzugsbezirke und die Neuausrichtung der Schulraumplanung („Kinderhäuser statt Schulkasernen“).

Ziel muss es aber sein, den kommunalen Handlungsspielraum zu erweitern. Hierzu zählen:

- Erstellung eines regelmäßigen Bildungsberichts, der das Kölner Bildungssystem quantitativ und qualitativ beschreibt und Optimierungsempfehlungen gibt und dabei besonders die Aspekte Migration und Gleichstellung berücksichtigt.
- Ausbau von Familienzentren: Als Modell kann das „Kalker Netzwerk für Familien“ dienen. Der Rat der Stadt bildet dazu einen Unterausschuss nach dem Muster des Unterausschusses „Ganztagsbetreuung“, der die bedarfsgerechte Entwicklung von Familienzentren koordiniert, begleitet und vorantreibt und Qualitätsstandards entwickelt.
- Ausweitung des Modells „Selbstständige Schule“ auf möglichst alle Schulen, da sich hierdurch für die Stadt als Schulträger erweiterte Einflussmöglichkeiten ergeben.
- Aufbau eines „Regionalen Bildungsbüros“, um kommunale Bildungsstandards zu definieren, ihre Umsetzung an den einzelnen Schulen zu begleiten und ihre Wirkung zu überprüfen. Daneben sollte das Bildungsbüro dazu dienen, die verschiedenen Übergänge im Bildungssystem zu koordinieren.

## **1. Mehr Bildung im Kindergarten**

Kinder müssen besser und früher gefördert werden, wenn sie Chancen auf eine gute Bildung haben sollen. Doch bei Kindergärten und Kindertagesstätten herrscht in Deutschland vor allen Dingen der Mangel. Für Kinder unter drei Jahren sieht die Versorgungslage düster aus. Selbst Dreijährige, die seit 1996 einen rechtlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben, müssen teilweise in Köln noch immer auf einen Platz warten. Einen Ganztagsplatz ergattern in dieser Altersgruppe nur wenige Kinder.

Die Erkenntnis ist nicht neu: Je früher Kinder gefördert werden, desto besser sind ihre Chancen in der Schule. Bildung und Förderung beginnt deshalb schon im Kindergarten. Dies hat auch die alte Landesregierung erkannt und sich mit den Trägern der Kindergärten und Kindertagesstätten auf Bildungsziele und einen offenen Bildungsplan geeinigt. In so genannten Bildungsdokumentationen halten nun Erzieher/innen regelmäßig die Entwicklung der Kinder fest.

Damit alle Kinder ihre sprachlichen, motorischen, sozialen und kreativen Fähigkeiten unabhängig von ihrer Familiensituation voll entwickeln können, ist neben dem frühest möglichen Besuch einer Kindertageseinrichtung, die Einbeziehung der Eltern und der verschiedenen Beratungs- und Förderinstitutionen notwendig. Wir begrüßen deshalb das Vorhaben der Landesregierung, Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterzuentwickeln.

Die Kommune ist gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen:

- Allen Kindern unter drei Jahren muss ein Betreuungsplatz in der Nähe des Wohnortes angeboten werden.
- Allen Dreijährigen muss ein Kindergartenplatz in der Nähe ihres Wohnortes angeboten werden.
- Die Ganztagsbetreuung sollte als Regelsystem ausgebaut werden.
- Die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen werden in einem überschaubaren Zeitraum systematisch abgesenkt bis zur kostenlosen Nutzung
- Qualifizierung: Um den neuen Anforderungen zu entsprechen, bedarf es einer Qualifizierung des pädagogischen Personals. Sie sollte berufsbegleitend angeboten werden und einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung haben. Berufskollegs vermitteln bei der Ausbildung der Erzieher/innen die erforderliche interkulturelle Kompetenz.
- Übergang Kita / Schule: Die Übergabe der Kinder von der Kita an die Schulen muss organisiert werden. Beteiligte sind Eltern, Kinder, Erzieher/innen der abgebenden Kita und die Lehrer/innen der aufnehmenden Schule.

## **2. Grundschulen – ganztags und flexibel**

Zwei grundlegende Veränderungen stehen in Nordrhein-Westfalen an: Die Grundschulen sollen nach und nach zu offenen Ganztagschulen umgebaut werden, und die Schuleingangsphase soll flexibel organisiert werden. Das bedeutet, von 2005 an wird kein schulpflichtiges Kind mehr zurückgestellt und die beiden ersten Klassen können zu einer jahrgangsübergreifenden Klasse zusammengefasst werden. Die Lehrer/innen müssen ihren Unterricht umstellen und neue pädagogische (Förder-) Konzepte entwickeln.

Das Projekt offene Ganztagsgrundschule sollen Schulen, Kommunen und freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit gemeinsam schultern. Die Schulen können beispielsweise Verträge mit Vereinen oder Musikschulen abschließen, die das Nachmittagsprogramm der Grundschulen gestalten. Im Gegensatz zu einer Ganztagschule, die alle Kinder besuchen müssen, ist die offene Ganztagsgrundschule ein kostenpflichtiges Angebot für Eltern, die eine Betreuung am Nachmittag wünschen.

Für die Stadt Köln bedeutet dies:

- Alle Grundschulen im Stadtgebiet müssen schnellstmöglich zur Ganztagschule bzw. offenen Ganztagschule umgebaut werden. Hierzu gehört vor allem eine entsprechende räumliche, sachliche und personelle Ausstattung.

- Da der kommunale Haushalt es nicht zulässt, dass alle Grundschulen gleichzeitig umgebaut werden können, ist eine Prioritätenliste nach sozialräumlichen Aspekten notwendig.
- Bei der offenen Ganztagschule muss die Stadt einen Rahmen für Bildungs- und Qualitätsstandards erarbeiten und den Schulen für die Trägersauswahl zur Verfügung stellen.
- In Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Migranten/innen ist bei der Trägersauswahl deren interkulturelle Kompetenz zu berücksichtigen.
- Die Gebührensatzung für das kostenpflichtige Angebot der offenen Ganztagschule darf nicht zu einer sozialen Zugangsbeschränkung führen.
- Kooperation der Stadt als Schulträger mit der Kölner Universität für eine praxisorientierte Ausbildung von Lehrer/innen, die künftig verstärkt eine moderierende Rolle im Bildungsprozess ausfüllen müssen.

Die Kölner Gewerkschaften sprechen sich darüber hinaus für den Erhalt der Schuleinzugsbezirke aus, da sie einen integralen Bestandteil des Sozialraumkonzeptes bilden.

### **3. Weiterführende allgemein bildende Schulen:**

Das deutsche Schulsystem siebt gern und oft. Gerade einmal vier Jahre besuchen Kinder eine Schule für alle, dann wird aufgeteilt. Dabei entspricht die Verteilung der Kinder auf Gymnasien, Real-, Haupt- und Sonderschulen weniger ihren Leistungen als vielmehr ihrer sozialen Herkunft. Immer wenn im deutschen Schulsystem gesiebt wird, fallen Kinder aus bildungsfernen Familien häufiger durch den Rost. Dies gilt vor allem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die weit überdurchschnittlich an der Haupt- und Sonderschule vertreten sind und in der Regel über einen formal schlechteren Schulabschluss verfügen. Die Forderung der GEW nach einer längeren gemeinsamen Schulzeit bzw. nach „einer Schule für alle“ wurde von der Landespolitik bisher nicht aufgegriffen.

Dennoch kann die Stadt Köln im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten die Situation deutlich verbessern:

- Schrittweise Umwandlung von Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien zu Gesamtschulen, solange das gegliederte Schulsystem nicht durch das Konzept „Eine Schule für alle“ abgelöst wird.
- Ausbau des Ganztagsunterrichts an allen Schulformen einschließlich der räumlichen und sachlichen Ausstattung unter Beachtung des Sozialraumprinzips.
- Kooperation der Stadt als Schulträger mit der Kölner Universität für eine praxisorientierte Ausbildung von Lehrer/innen, die künftig verstärkt eine moderierende Rolle im Bildungsprozess ausfüllen müssen
- Die Stadt / das Regionale Bildungsbüro setzt sich dafür ein, dass alle Schulen mit einem Anteil an Migrantenkindern von 30 % einen Stellenzuschlag erhalten und eine angemessene Zahl von Sozialpädagogen/innen.
- Die Stadt Köln / das Bildungsbüro unterstützt alle Schulen bei der verbindlichen Entwicklung von Förderkonzepten auf einer gesicherten

Datenbasis. Das Förderkonzept soll sich an den bewährten Modulen des QUIMS-Projektes („Qualität in multikulturellen Schulen“) orientieren. Das Förderkonzept soll insbesondere die Sprach- und Lesekompetenz verbessern und das Sozialverhalten stärken.

- Die Stadt / das Regionale Bildungsbüro setzt sich dafür ein, dass das Förderkonzept ein wichtiger Bestandteil der Qualitätsanalyse der Schulen wird.

#### **4. Übergangmanagement Schule / Beruf**

In Köln wurden viele Projekte entwickelt, die den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf erleichtern sollen. Diese Projekte werden von den Kölner Gewerkschaften unterstützt. Sie können aber nur die individuellen Chancen von Jugendlichen verbessern. Die grundsätzliche Misere des Ausbildungsmarktes – fehlende Ausbildungsplätze – wird damit nicht beseitigt. In der Konsequenz nehmen die Zahl der vollzeitschulischen Bildungsgänge und die Zahl der berufsvorbereitenden Qualifizierungsmaßnahmen in den letzten Jahren ständig zu.

Ca. 40 % der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung anstreben, durchlaufen erst ein Übergangssystem. „Was die Maßnahmetypen eint, ist der Tatbestand, dass sie zu keinem qualifizierten beruflichen Abschluss führen und ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Unsicherheit lassen, ob sie in ein Ausbildungsverhältnis ... einmünden“, so der Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz (Bonn 2006). Diese Entwicklung ist bedrohlich, da eine fehlende bzw. unzureichende berufliche Bildung zu einem erhöhten Risiko der Arbeitslosigkeit führt.

Besonders betroffen von der Ausbildungsmisere sind Hauptschüler/innen und Migranten/innen. Nach Aussage der Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer, ist die Ausbildungsbeteiligung von ausländischen Jugendlichen seit Mitte der neunziger Jahre um fast 40 Prozent gesunken. Betrachtet man die offiziellen Statistiken der Stadt Köln und der Arbeitsverwaltung, dann wird die soziale Brisanz dieser Aussage deutlich: Fast 2/3 der beschäftigten Ausländer in Köln haben keine anerkannte qualifizierte Berufsausbildung. Ohne eine qualifizierte Berufsausbildung ist aber das Risiko der Arbeitslosigkeit doppelt so hoch, wie mit einer Berufsausbildung (IAB Kurzbericht 9/2005).

Mit Blick auf die sozialen Kosten dieser Entwicklung ist die Stadt Köln gefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf besser zu steuern. Kommunale Handlungsmöglichkeiten sehen die Gewerkschaften vor allem in folgenden Bereichen:

- Das Ausbildungsplatzangebot innerhalb der Stadtverwaltung und der stadt eigenen Betriebe ist weiter als Marktersatz auszubauen. Dabei sollten gerade auch Jugendliche, die auf dem knappen Ausbildungsmarkt keine Chance haben, geeignete duale Ausbildungswege angeboten werden. Die Finanzierung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten ist im Sinne der unversorgten Jugendlichen wie auch im Sinne der Haushaltskonsolidierung das Gebot der Stunde. Schließlich ist die Gesamtkostenrechnung eines Langzeitarbeitslosen die Grundlage der Betrachtung.



- Erfolgreiche Projekte im Übergangsgeschehen müssen in das Regelsystem der Schulen integriert werden. Die Stadt kann hierzu einerseits als Schulträger die notwendigen Unterstützungsstrukturen aufbauen oder eine Kofinanzierung für ESF-Mittel übernehmen, andererseits aber auch ihren Einfluss gegenüber der Bezirksregierung und der Landesregierung geltend machen.
- Zur Steuerung des Ausbildungsmarktes sollte die Stadt einen regionalen Ausbildungsfonds initiieren, damit kleine Ausbildungsbetriebe eine finanzielle Unterstützung für ihr Engagement erhalten bzw. freie Kapazitäten in Ausbildungswerkstätten für die duale Ausbildung erschlossen werden.
- Da viele Institutionen am Übergangsgeschehen mit einem fast unüberschaubaren Angebot beteiligt sind – Schule, Stadt, Kammern, Arbeitsverwaltung, Träger usw. – sollte die Stadt Köln die Idee eines „Ausbildungsbüros Schule-Beruf“ aufgreifen, mit dem Ziel, die Aktivitäten der einzelnen Akteure zu bündeln und zu koordinieren. So lässt sich für Eltern und Schüler ein überschaubares Beratungs- und Informationsangebot realisieren und Schnittstellenproblematiken zwischen den einzelnen Akteuren reduzieren. Ziel sollte dabei auch sein, Standards im Übergangsgeschehen festzuschreiben sowie verbindliche Kooperationsvereinbarungen zwischen den Beteiligten zu treffen.
- Mit dem JobPass wurde in Köln ein Instrument begleitender und dokumentierender Berufswahl entwickelt. Dieses neue Instrument muss nun einerseits verbindlich und flächendeckend eingeführt werden. Andererseits müssen noch Wege gefunden werden, die im JobPass dokumentierten Schritte der Berufswahl und Qualifizierung für kommunale Steuerungsmaßnahmen des Ausbildungsmarktes auszuwerten.
- Die vorhandenen statistischen Daten von Stadt, Kammern und Arbeitsverwaltung spiegeln leider nur unzureichend den Ausbildungsmarkt wieder. Aus diesem Grund sollte nach dem Vorbild von Herford – Minden ein elektronisches Erfassungssystem eingerichtet werden, das gleichzeitig die Vermittlungsbemühungen der einzelnen Akteure verbindlich koordiniert.
- Mittelfristig sollte eine enge Kooperation mit den umliegenden Kreisen und der Stadt Leverkusen angestrebt werden, da bis zu 40 Prozent der Kölner Ausbildungsplätze von Jugendlichen des Umlandes besetzt werden.

## **5. Berufsbildende Schulen:**

Für eine qualifizierte berufliche Erstausbildung sind Berufskollegs unerlässlich. Als integrale Bestandteile der dualen Ausbildung vermitteln sie übergreifende Fertigkeiten und Kenntnisse. Zusätzlich bieten sie die Möglichkeiten zu höheren Schulabschlüssen. Vollzeitschulische Bildungsgänge gewinnen angesichts der schwierigen Ausbildungsplatzsituation immer größere Bedeutung. Berufskollegs machen dabei in den letzten Jahren verstärkt einen Wandel durch: Die Zahl der Schüler/innen in dualen Ausbildungsklassen ist rückläufig, die Zahl der Schüler/innen in sogenannten vollzeitschulischen Bildungsgängen nimmt kontinuierlich zu. Die vollzeitschulischen Angebote dienen dabei eher als eine Warteschleife bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Besonders problematisch ist dabei, dass diese Warteschleifen weit überdurchschnittlich von Migrant\*innen besucht werden, ohne

dass sich hierdurch ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz nachhaltig verbessern.

Für die Stadt Köln bedeutet dies,

- dass sie dem auf die vollzeitschulischen Angebote zurückzuführenden größeren Raumbedarf durch vorausschauende Planung und Organisation Rechnung trägt,
- dass sie durch Investitionen in die Ausstattung der Berufskollegs eine optimale berufliche Bildung bzw. berufliche Vorqualifizierung sichert;
- dass sie die Berufskollegs dabei unterstützt, die sogenannten Warteschleifen qualitativ aufzuwerten, damit die Jugendlichen, die diese Bildungsgänge besuchen, eine reelle Anschlussperspektive haben;
- dass sie initiativ ist bei der Entwicklung von neuen Ansätzen der beruflichen Vorqualifizierung, bzw. sie unterstützt und eine koordinierende und fördernde Rolle bei deren Verbreitung übernimmt (best practice);
- dass sie bei der beruflichen Vorqualifizierung eine stärkere Kooperation und Vernetzung von Berufskollegs, Jugendwerkstätten, TAS und VHS fördert;
- dass sie sich mit Nachdruck für die Umsetzung der vom Landesausschuss für Berufsbildung beschlossenen Einführung von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen mit Kammerprüfung einsetzt.

Diese Maßnahmen sind dringende Investitionen in die Zukunft angesichts der gerade in Berufskollegs wachsenden Zahl von jugendlichen Migranten/innen, bei denen die Versäumnisse einer fehlenden Integrationspolitik in der Vergangenheit jetzt ausgeglichen werden müssen.

## **6. Weiterbildung:**

Nach Beendigung des Schulbesuchs und Abschluss einer Berufsausbildung ist man mit dem Lernen nicht fertig. Man lernt ein Leben lang, meist „nur“ informell. Problematisch ist, dass die Bereitschaft zur organisierten Fortbildung in den letzten Jahren insgesamt zurück gegangen ist, und insbesondere diejenigen, die geringe formale Qualifikationen haben, immer weniger Gelegenheit haben, sich zu qualifizieren.

Formalisiert findet Weiterbildung vor allem in Betrieben statt. Das heißt, man lernt etwas, das einen in die Lage versetzen soll, seine Arbeit besser, effektiver etc. zu machen. Wer sich unabhängig vom Betrieb fortbilden will, findet in Köln zahlreiche Weiterbildungseinrichtungen, die sich in der „Qualitätsgemeinschaft berufliche Weiterbildung Region Köln“ zusammengeschlossen haben. Das Angebotsspektrum der ca. 130 in der Qualitätsgemeinschaft zusammengeschlossenen Bildungseinrichtungen aus Köln und dem Umland ist äußerst differenziert. Für Fortbildungswillige besteht vor allem das Problem, ein passendes Angebot zu finden, welches sich auch noch bezahlen lässt.

Neben den Anbietern der beruflichen Weiterbildung gibt es die Weiterbildungseinrichtungen, die nach dem Weiterbildungsgesetz des Landes NRW Angebote der allgemeinen Erwachsenenbildung organisieren. Hier ist vor allem die kommunale Volkshochschule zu nennen, die entsprechend dem Weiterbildungsgesetz die Aufgabe hat, für die Stadt Köln eine am gesellschaftlichen und individuellen Bedarf orientierte Grundversorgung an Weiter-

bildungsangeboten zu sichern. Gemeinsam mit den nicht gewinnorientierten Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft (Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände usw.) soll sie ein bedarfsdeckendes Angebot an Lehrveranstaltungen zur Weiterbildung anbieten. Für Familien bieten die Familienbildungsstätten in Köln ein breites Angebot an Fortbildungsmaßnahmen.

Gemeinsamkeit aller formalisierten Weiterbildungsangebote ist es, dass sie de facto eher von Bevölkerungsgruppen genutzt werden, die schon über eine gute Grundbildung verfügen. Bildungsfernere Schichten werden hingegen kaum erreicht, so dass sich das Bildungsgefälle und damit verbundene soziale Disparitäten festigen. Diese Entwicklung verlangt - mit Blick auf die moderne, wissensbasierte Gesellschaft und dem stetigen technologischem Wandel in der Arbeitswelt – von der Stadt Köln weitere Anstrengungen:

- Aufbau einer qualifizierten kommunalen Weiterbildungsberatung insbesondere für bildungssuchende Migranten/innen und bildungsferne Bevölkerungsgruppen;
- Sicherung eines bedarfsgerechten Angebotes zum Nachholen von Schulabschlüssen auch außerhalb der regulären Schulen;
- Sicherstellung eines wohnortnahen umfassenden Angebotes an Fortbildungsmöglichkeiten für alle Kölner Bürgerinnen und Bürger durch anerkannte Einrichtungen der Weiterbildung bzw. Familienbildungsstätten;
- Einflussnahme auf die ARGE Köln, damit das vorhandene, derzeit zu wenig genutzte Budget für Integrationsmaßnahmen gezielt zum Abbau von qualifikatorischen Defiziten verwendet wird.

## **7. Integration – Ein bildungspolitisches Querschnittsthema:**

Die Bilanz des Berufsbildungsbericht der Kultusministerkonferenz von 2006 zeigt die Brisanz des Themas: „Unter den europäischen Staaten mit Arbeitsmigration ist Deutschland der Staat, dessen Zuwanderung sich hinsichtlich Bildungshintergrund und sozialem Status am meisten von der übrigen Bevölkerung unterscheidet.“

Schon im Schulentwicklungsplan 2000 – 2010 der Stadt Köln wurden Migration und Integration als wesentliches Handlungsfeld von Bildungspolitik und kommunaler Bildungsverwaltung definiert. Sprachkurse vor der Einschulung, Sprachförderung für jugendliche Migranten/innen mit Lernrückständen, Begegnungsunterricht, bilinguale Bildungsgänge und muttersprachlicher Unterricht wurden als wesentliche Bausteine einer besseren Integration identifiziert.

Die offiziellen Statistiken der Stadt Köln zeigen aber, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen, jugendlichen Migranten/innen die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen. Neben den im Schulentwicklungsplan formulierten Handlungsansätzen bieten die von uns skizzierten Forderungen und Anregungen auch einen äußeren Rahmen für eine bessere Integration, da sie nicht nur einseitig auf eine optimierte Sprachförderung setzen, sondern strukturelle und systemimmanente Mängel beheben.

Bezogen auf das Thema „Bildung und Integration“ regen die Kölner Gewerkschaften darüber hinaus folgende kommunalen Handlungsoptionen an:

- Regelmäßige Erfassung der Bildungsdaten von jugendlichen Migranten/innen<sup>3</sup> als Datenbasis für schulische Förderkonzepte, die – frühzeitig und unter Einbeziehung des sozialräumlichen Umfeldes und der Eltern - insbesondere die Sprach- und Lesekompetenz verbessern und das Sozialverhalten stärken.
- Einführung von Qualitätsindikatoren für eine gelungene Integration beispielsweise nach dem QUIMS-Modell (Qualität an multikulturellen Schulen).<sup>4</sup>
- Sozialpädagogische Unterstützung von Schulen mit einem hohen Anteil an Migranten/innen.
- Unterstützung von Schulen, damit diese (geschlechtsspezifische) Integrationskonzepte in ihre Schulprogramme festschreiben und umsetzen. Ziel muss dabei sein, Heterogenität als Chance zu begreifen.
- Verstärkter Ausbau der Kölner Schulen (Sek. I und II) zu bilingualen Einrichtungen nach einem klar definierten Zeitplan und einer Prioritätenliste.
- Aufnahme der Kriterien „interkulturelle Kompetenz“ und „Migrationserfahrungen“ bei der Stellenausschreibung im Umfeld von Schule, Jugendhilfe und Schulverwaltung.
- Förderung von Kooperationen zwischen Migrantenselbsthilfeorganisationen und Schulen zur interkulturellen Öffnung von Schule und zur besseren und nachhaltigen Einbeziehung von Migranteneltern bei der Bildungsentwicklung ihrer Kinder.
- Förderung von Schulpartnerschaften mit Schulen aus den Herkunftsländern der jugendlichen Migranten/innen.
- Bündelung und Unterstützung der schulischen Aktivitäten für so genannte „Quereinsteiger“ im Bildungssystem.

Qualifizierung ist die Basis von Integration. Dies gilt umso mehr, da die Zahl der einfachen beruflichen Tätigkeiten mehr und mehr zurückgehen. Je höher die schulische Qualifikation bzw. je besser die berufliche Ausbildung, umso geringer ist die Gefahr, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Es sind eben nicht nur kulturelle Unterschiede, die zurzeit jugendliche Migranten/innen im Bildungssystem benachteiligen, sondern vor allem soziale Disparitäten und strukturelle Defizite, die nur mit einer gezielten Bildungsoffensive beseitigt werden können.

Vor diesem Hintergrund sind Mehrausgaben, die durch die von den Kölner Gewerkschaften formulierten Vorschläge verursacht werden, eine Investition in die Zukunft.

---

3 Als Beispiele: Anteil der Migranten/innen an den einzelnen Schulen, Verweildauer in den einzelnen Schulformen, Übergänge in die weiterführenden Schulen, Anteil an Nichtversetzung und Schulformwechsel.

4 Informationen zu QUIMS unter: <http://www.quims.ch/homepage.htm>